

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen Baden-Württemberg
Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart

Redaktion

Gemeinsame Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention (GeZ KKP)
Franziska Müller, Antonia Klein, Dr. Ines Hohendorf und Julia Fischer
Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart

Kontakt

Telefon: 0711 231-5550
E-Mail: gez-kkp@im.bwl.de

Grafische Gestaltung

orelunited Werbeagentur GmbH
Fritz-Reuter-Str. 18, 70193 Stuttgart

Bildquellen

GeZ KKP BW

1. Auflage, Juli 2024

Alle Rechte sind vorbehalten

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach
vorheriger Genehmigung des Herausgebers.



Vorwort



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

„Krisen & Prävention“ lautete der Titel des 28. Deutschen Präventionstags, der im vergangenen Jahr in Mannheim veranstaltet wurde. Die Folgen und Auswirkungen von Kriegen und Unruhen auf der Welt beeinflussen immer auch die objektive Sicherheitslage hier in Deutschland und Baden-Württemberg. Und sie haben einen negativen Effekt auf das Sicherheitsgefühl der Menschen.

Präventiven Maßnahmen kommt daher immer mehr eine besondere Bedeutung zu. Sie bieten Schutz und Unterstützung und helfen dabei, das Sicherheitsgefühl Menschen zu verbessern.

Da Präventionsarbeit schon immer am besten gemeinsam, in engem Schulterschluss aller beteiligten Behörden und Player gelingt, kommt es gerade in den derzeitigen unruhigen Zeiten auf eine gute Kooperation an.

Daher haben wir im vergangenen Jahr so einiges in die Kooperationsarbeit investiert. So kam es beispielsweise im April zu einem ersten Erfahrungsaustausch der KKP-Vereine in Baden-Württemberg. Auch ein Netzwerktreffen mit den KKP-Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern half beim gegenseitigen Austausch und der Weiterentwicklung von Projekten. Aber auch darüber hinaus wurden viele weitere Gelegenheiten für die gemeinschaftliche Präventionsarbeit geschaffen.

Die Gemeinsame Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention (GeZ KKP) hilft dabei als Vermittler und auch Initiator, um geeignete präventive Maßnahmen in die Wege leiten und umsetzen zu können. Der Jahresbericht der GeZ KKP soll also nicht nur einen Rückblick auf das vergangene Jahr bieten, sondern zugleich Grundlage und Ansporn sein, mit den im Jahr 2023 erreichten Zielen und Ergebnissen auch zukünftige Herausforderungen effektiv anzugehen.

Machen Sie sich am besten selbst ein Bild von den Möglichkeiten vernetzter Prävention, von aktuellen Themen und einem Ausblick auf das, was wir uns vorgenommen haben. Auf den folgenden Seiten bieten wir Ihnen einen guten Überblick dafür.

Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, die mit ihrem Engagement zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen haben. Gemeinsam werden wir auch im Jahr 2024 dafür sorgen, dass Baden-Württemberg ein sicherer und lebenswerter Ort für uns alle bleibt.

Ihre

Dr. Stefanie Hinz
Landespolizeipräsidentin

Inhalt



Impressum	2
Vorwort	4
1. DIE GEZ KKP.....	8
1.1 Unser Jahresbericht	8
1.2 Unsere Ziele	9
1.3 Unsere Struktur und Aufgaben.....	10
1.4 Der Team der GeZ KKP stellt sich vor	11
2. VERNETZUNG.....	12
2.1 Erster Erfahrungsaustausch der KKP-Vereine in Baden-Württemberg im April 2023	12
2.2 Deutscher Präventionstag in Mannheim im Juni 2023 ..	14
2.3 Netzwerktreffen im Juli 2023	15
2.4 Erstes virtuelles unterjähriges Netzwerktreffen der GeZ KKP im Oktober 2023	16
2.5 Herbstsitzung der GeZ KKP im Oktober 2023	19
2.6 Sitzung des Lenkungsgremiums im November 2023	19

3. UNSERE SERVICEANGEBOTE	20
3.1 Website der GeZ KKP	20
3.2 Beratungsordner „Kommune beugt vor“.....	21
4. UNSERE THEMENSCHWERPUNKTE 2023	22
4.1 Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst.....	23
4.2 Städtebäuliche Kriminalprävention (SKP) und integrierte Stadtentwicklung	30
5. PILOTPROJEKT „COMMUNITIES THAT CARE“ (CTC) IN BADEN-WÜRTTEMBERG	32
6. AUSBLICK.....	40
6.1 Fortführung des Schwerpunktthemas „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“	40
6.2 Umsetzung der Präventionsstrategie „Communities that Care“ in Form eines Pilotprojektes.....	41

1. Die GeZ KKP



Code scannen.
Website besuchen.



1.1 UNSER JAHRESBERICHT

Dieser Jahresbericht gibt einen Überblick über die Arbeitsschwerpunkte und Projekte der GeZ KKP im Jahr 2023.

Er dient der Information einer interessierten Öffentlichkeit und der Unterrichtung der Mitglieder des Lenkungsausschusses und der GeZ KKP.

Weitergehende Informationen können auf Anfrage durch die Geschäftsstelle der GeZ KKP zur Verfügung gestellt werden oder sind auch auf der neu gestalteten Webseite der GeZ KKP abrufbar.

1.2 UNSERE ZIELE

Die organisatorisch umgestaltete GeZ KKP hat in direkter Anbindung an das Landespolizeipräsidium im Innenministerium seit Oktober 2020 ihre Arbeit aufgenommen.

Ihr Ziel ist es, den Ausbau eines landesweiten Netzwerks für Kommunale Kriminalprävention (KKP) sicherzustellen und den kontinuierlichen Ausbau sowie die Verstärkung kriminalpräventiver Arbeit auf allen Ebenen im Land zu fördern.

Die KKP bietet in vielen Kriminalitätsfeldern den Rahmen für eine gezielte Vor-Ort-Befassung und damit einen verbesserten Transfer in den kommunalen Sektor. Sie zielt darauf ab, Kriminalität bereits dort zu verhindern, wo sie entstehen kann. Hierbei spielt das örtliche Umfeld eine gewichtige Rolle. Grundlage für den Erfolg der KKP ist daneben aber auch die Erkenntnis, dass Kriminalität ein gesamtgesellschaftliches Phänomen darstellt und daraus resultierend ein gemeinsames Vorgehen bei der Problemlösung wirkungsvoller ist.

Die KKP definiert sich über die institutionalisierte Vernetzung aller beteiligten Institutionen und Akteurinnen und Akteure sowie dem individuellen, lokalen Ansatz bei der Auswahl geeigneter Präventionsprojekte und Maßnahmen zur Reduzierung und Verhinderung von Kriminalität. Durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Präventionsschaffenden mit unterschiedlichen Blickrichtungen und Herangehensweisen soll eine umfassende und erfolgreiche Präventionsarbeit vor Ort gelingen.



Franziska Müller
Leiterin der GeZ KKP



Dr. Ines Hohendorf
Wissenschaftliche
Referentin der GeZ KKP



Antonia Klein
Mitarbeiterin der GeZ KKP

Inhaltlich standen im Jahr 2023 die Themenschwerpunkte „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ sowie „Städtebauliche Kriminalprävention und integrierte Stadtentwicklung“ im Fokus (vgl. Ziffer 4).

Zu den weiteren Aufgaben des Lenkungsgremiums zählen auch das Einsetzen von Arbeitsgruppen und die Entscheidung über deren Zusammensetzung sowie die Verabschiedung und Änderung der Geschäftsordnung der GeZ KKP.

1.4 DAS TEAM DER GEZ KKP STELLT SICH VOR

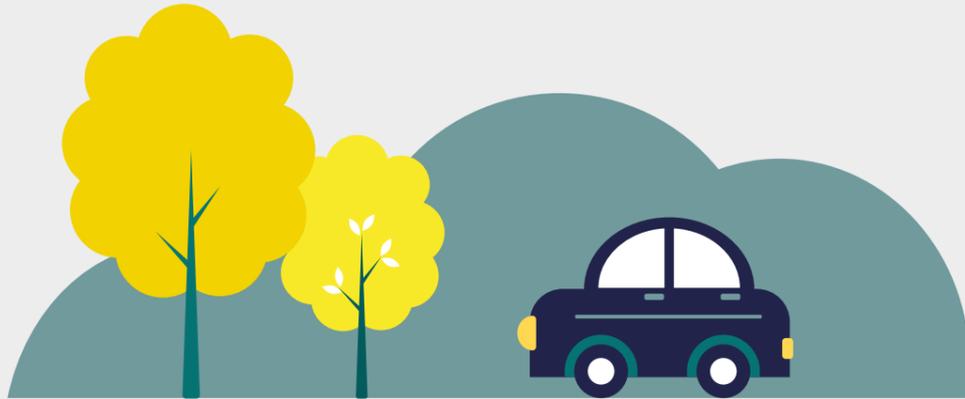
Die Geschäftsstelle der GeZ KKP wird bereits seit Oktober 2021 von Franziska Müller geleitet. Seit dem Jahr 2022 wird sie von Antonia Klein und Dr. Ines Hohendorf unterstützt. Dr. Ines Hohendorf begleitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin das Forschungsprojekt „Lagebildinstrument zu Gewalterfahrungen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“, kurz: InGe (vgl. Ziffer 4.1).

1.3 UNSERE STRUKTUR UND AUFGABEN

Die GeZ KKP koordiniert und bündelt die Präventionsaktivitäten von staatlichen sowie nichtstaatlichen Institutionen und stärkt die Vernetzung von Präventionsakteurinnen und -akteuren im Land. Sie identifiziert mögliche landesweite Schwerpunkte für die KKP und übernimmt den Informationsaustausch zwischen den eingebundenen ministeriellen Ressorts, den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern auf Ebene der Regierungspräsidien sowie der Kommunen. Zudem initiiert, entwickelt, bewertet, begleitet und unterstützt sie neue Präventionsprojekte.

Maßgeblich für die strategische Ausrichtung der GeZ KKP sind die jährlichen Schwerpunktsetzungen durch das hochrangig besetzte Lenkungsgremium unter Leitung von Staatssekretär Thomas Blenke MdL des Innenministeriums. Das Lenkungsgremium tagt einmal jährlich und legt thematische Schwerpunkte auf Grundlage der Beratung durch die GeZ KKP für das Folgejahr fest.

2. Vernetzung



2.1 ERSTER ERFAHRUNGS-AUSTAUSCH DER KKP-VEREINE IN BADEN-WÜRTTEMBERG IM APRIL 2023

Im April 2023 hat die GeZ KKP die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der KKP- Vereine in Baden-Württemberg zu einem ersten Erfahrungsaustausch nach Stuttgart eingeladen.

Im Mittelpunkt stand der persönliche Austausch und das gegenseitigen Kennenlernen. Die Vereine haben zudem die Möglichkeit erhalten, gemeinsame Problemstellungen in der KKP-Arbeit vor Ort zu erörtern und durch den Austausch von Best-Practice-Ansätzen Lösungen zu erarbeiten.

Hierfür hat die GeZ KKP vier Expertinnen und Experten gewinnen können, die als Geschäftsführende bzw. Beratende eines KKP-Vereins bereit waren, deren Vereinsarbeit vorzustellen und dabei auch auf aktuelle Projekte und Herausforderungen in Krisenzeiten einzugehen.

Das Feedback aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Erfahrungsaustausch war durchweg positiv. Der Erfahrungsaustausch hat die Grundlage für eine engere Vernetzung gelegt, um auch Zukunftsfragen gemeinsam angehen zu können.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen überein, dass es weitere Veranstaltungen in dieser Form geben soll. Der Erfahrungsaustausch wird daher auch im Jahr 2024 fortgesetzt.





2.2 DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG IN MANNHEIM IM JUNI 2023

Der Deutsche Präventionstag (DPT) ist der weltweit größte Jahreskongress für das Arbeitsgebiet der Kriminalprävention sowie angrenzender Präventionsbereiche und hat in den vergangenen Jahren jeweils über 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer angezogen. Er bietet eine internationale Plattform zum interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch in der Prävention und verfolgt das Ziel, die Prävention in der öffentlichen Wahrnehmung zu stärken.

In diesem Jahr fand der DPT am 12. und 13. Juni 2023 statt. Er wurde durch die Stadt Mannheim und das Land Baden-Württemberg ausgerichtet und widmete sich dem Schwerpunktthema „Krisen & Prävention“.

Die Geschäftsstelle der GeZ KKP war hier mit einem eigenen Stand und einem Fachvortrag zu ihrem aktuellen Forschungsprojekt „InGe“ (vgl. Ziffer 4.1) vertreten. Es konnten wertvolle Kontakte mit anderen Präventionsakteurinnen und -akteuren sowie Zielgruppen aus der Praxis geknüpft werden.



2.3 NETZWERKTREFFEN IM JULI 2023

Netzwerken ist nicht bloß „Kontakte sammeln“; Netzwerken ist, wenn man Beziehungen aufbaut. Die Netzwerkarbeit im Bereich der KKP in Baden-Württemberg ist der GeZ KKP ein wichtiges Anliegen, weshalb im Juli erneut ein Netzwerktreffen mit den KKP-Ansprechpartnerinnen und -partnern der Stadt- und Landkreise sowie der Referate Prävention der regionalen Polizeipräsidien in Baden-Württemberg stattfand.

In diesem Jahr konnte das Treffen erstmalig als Präsenzveranstaltung im Innenministerium in Stuttgart durchgeführt werden. Neben der Vorstellung der Schwerpunkte und Maßnahmen der GeZ KKP konnten die Teilnehmenden gleichzeitig wertvolle Kontakte mit anderen Ansprechpersonen knüpfen. Sie erfuhren in ausgewählten Fachbeiträgen Hintergrundinformationen zu regionalen Projekten in Ludwigsburg, Esslingen und Tübingen im Bereich der KKP.

Thematisch lag der Fokus in diesem Jahr hauptsächlich auf der Sicherheit in Bahnhofsvierteln. Zusätzlich wurden erste Ergebnisse und Hintergründe zur Entstehung eines Leitfadens zur Durchführung von Sicherheitsbegehungen von öffentlichen Räumen durch „Exploratory Walks“ als partizipative Maßnahme von einer Vertreterin der Landeshauptstadt Stuttgart vorgestellt (vgl. Ziffer 4.2).

Die Arbeitstagung erhielt erneut positive Resonanz und soll weiterhin jährlich als Präsenzveranstaltung fortgeführt werden.



Im Ergebnis zeigt die Befragung, dass sich trotz multipler Krisen – wie die Corona-Pandemie oder der Ukrainekrieg – 85% der Heilbronner Bürgerinnen und Bürger in der Stadt sicher fühlen. Neben dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Bevölkerung liefern die Befragungsergebnisse auch wichtige Erkenntnisse über die Bedingungen für Kriminalitätsfurcht, deren regionale und demographische Unterschiede und der Lebensqualität.

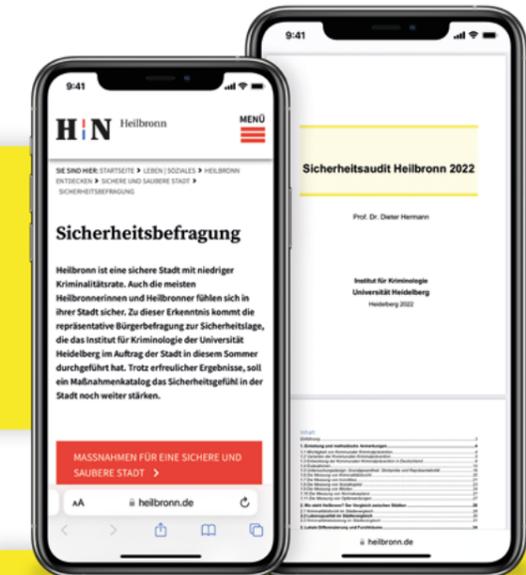
Mit den durch die Sicherheitsbefragung gewonnenen Erkenntnissen hat die Stadt Heilbronn in Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidium Heilbronn ein Maßnahmenpaket erarbeitet, nach dessen Umsetzung sich die Heilbronnerinnen und Heilbronner zukünftig noch sicherer fühlen sollen.

2.4 ERSTES VIRTUELLES UNTERJÄHRIGES NETZWERKTREFFEN DER GEZ KKP IM OKTOBER 2023

Eine Vertreterin der Stabsstelle Strategie und Stadtentwicklung der Stadt Heilbronn und die Leiterin des Referats Prävention des Polizeipräsidiums Heilbronn stellten im Oktober 2023 in einer zweistündigen Online-Veranstaltung die Heilbronner Sicherheitsbefragung sowie den daraus resultierenden Maßnahmenkatalog vor.

In dem knapp einmonatigen Befragungszeitraum im Sommer 2022 sind insgesamt 25.000 zufällig ausgewählte Heilbronnerinnen und Heilbronner ab 14 Jahren online zu ihrem Sicherheitsgefühl befragt worden. Die Rücklaufquote betrug 12%, womit 2.878 Personen teilnahmen. Das Institut für Kriminologie der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg sowie das Markt- und Sozialforschungsunternehmen aproxima unterstützten die Stadt Heilbronn bei der Planung und Durchführung.

Wichtigste
Ergebnisse der
Heilbronner
Sicherheits-
befragung:



Sicherheits-
Audit
Heilbronn
2022:

Gemeinsam mit dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA BW) sowie der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg (HfPolBW) entwickelte das Innenministerium eine Handreichung mit wesentlichen Aspekten zur Bedeutung und zur Durchführung von Sicherheitsbefragungen sowie zur Umsetzung der Ergebnisse. Diese Handreichung wird den Stadt- und Landkreisen in ihrer Koordinierungsfunktion auf der Website der GeZ KKP zur Verfügung gestellt.

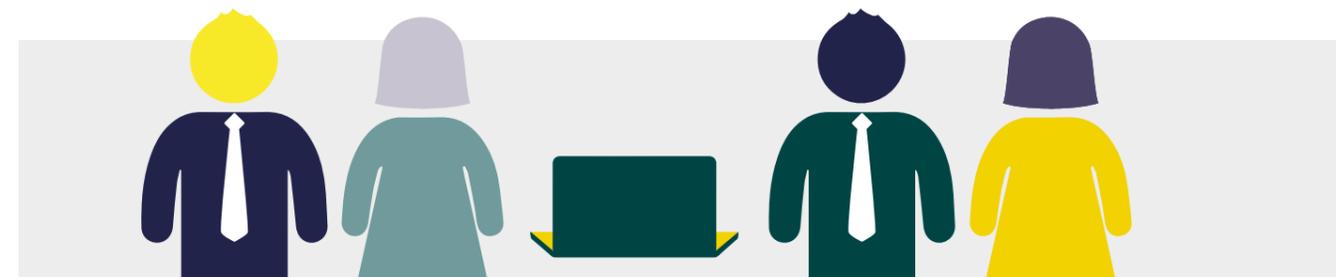
Handreichung zur
Planung und Durch-
führung von Sicher-
heitsbefragungen:



2.5 HERBSTSITZUNG DER GEZ KKP IM OKTOBER 2023

Am 16. Oktober 2023 fand die Herbstsitzung der GeZ KKP statt. Neben der Vorstellung der Arbeitsschwerpunkte der GeZ KKP im Jahr 2023 wurde auch über die strategische Ausrichtung im Folgejahr abgestimmt.

An der Sitzung nahmen Vertreterinnen und Vertreter des Staatsministeriums, des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, des Ministeriums der Justiz und für Migration, des Ministeriums für Verkehr, der Kommunalen Landesverbände, der HfPolBW sowie der Regierungspräsidien teil.



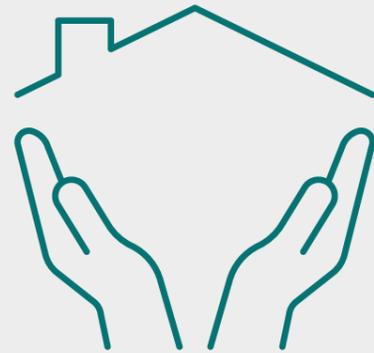
2.6 SITZUNG DES LENKUNGS- GREMIUMS IM NOVEMBER 2023

Am 20. November 2023 fand unter der Leitung von Staatssekretär Thomas Blenke MdL die vierte Sitzung des hochrangig besetzten Lenkungsgremiums der GeZ KKP statt. Die Veranstaltung wurde in diesem Jahr erstmalig mit einem erweiterten Kreis an Teilnehmenden im Innenministerium durchgeführt.

Anlass hierfür war die Vorstellung des Entwurfs der ressortübergreifenden Landeskonzeption für einen besseren Schutz von Beschäftigten im öffentlichen Dienst (vgl. Ziffer 4.1).

Die Mitglieder des Lenkungsgremiums stimmten einer Fortschreibung des Schwerpunktthemas „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst (öD)“ auch für das Jahr 2024 zu. Als zweites Schwerpunktthema beschloss das Lenkungsgremium die Umsetzung der Präventionsstrategie „Communities That Care“ (CTC) in Form eines Pilotprojektes mit dem Landkreis Lörrach, um die Modellkommune ab sofort noch intensiver und bedarfsgerechter im CTC-Prozess begleiten zu können (vgl. Ziffer 6).

3. Unsere Serviceangebote



3.1 WEBSITE DER GEZ KKP

Für eine fortwährende Bereitstellung von KKP-Inhalten wird der Internetauftritt der GeZ KKP stetig erneuert und jüngst durch die Agentur creativCONCEPT GmbH barrierefrei und bedienungsfreundlicher umgestaltet. Hier werden regelmäßig eigene Produkte eingestellt, wie beispielsweise der drei- bis viermal im Jahr erscheinende Newsletter „KKP Kompakt“, der über interne und externe KKP-Projekte und -Veranstaltungen informiert.



Darüber hinaus werden auf der Website auch Terminankündigungen, Veranstaltungshinweise sowie Informationen zu externen Angeboten bereitgestellt, wie etwa der jährlich erscheinende Sicherheitsbericht zur Kriminalitätsentwicklung in Baden-Württemberg.

Weiterhin besteht die Möglichkeit, über Verlinkungen zu Datenbanken und Fördermöglichkeiten von Projekten zu gelangen. Eine Übersicht zu bestehenden KKP-Gremien und Vereinen in Baden-Württemberg liefert eine interaktive Karte. Sie gibt Hinweise auf Kontaktpersonen und fördert so die Möglichkeit der Vernetzung.

3.2 BERATUNGSORDNER „KOMMUNE BEUGT VOR“

In einem Redaktionsteam, bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) sowie der Landespräventionsgremien der Länder Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein, hat die GeZ KKP einen Informations- und Beratungsordner mit dem Namen „Kommune beugt vor“ mitentwickelt.

Die Inhalte und Empfehlungen dieses Ordners sollen den Kommunen als Hilfestellung dienen und die Arbeit

kommunaler Präventionsgremien weiter stärken. Der Beratungsordner behandelt Themen wie Gremiengründung, Situationsanalyse, Strategie, Projektmanagement, Evaluation, Programme und Projekte. Die Inhalte sind nicht abschließend und werden stetig aktualisiert.

Die GeZ KKP hat den Beratungsordner mittlerweile bereits über 180 Kommunen als kompakte Printausgabe kostenlos zur Verfügung gestellt. Er kann bei Interesse weiterhin über gez-kkp@im.bwl.de bestellt werden.



4. Unsere Themen- schwerpunkte 2023



Die innerhalb des ressortübergreifenden Lenkungsgremiums und unter Einbindung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Vertretungen abgestimmten Handlungsschwerpunkte ermöglichen den Auf- und Ausbau gemeinsamer inhaltlicher Arbeiten für die Weiterentwicklung der KKP in Baden-Württemberg.

Für das Jahr 2023 legte das Lenkungsgremium die zwei Themenschwerpunkte „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ und „Städtebauliche Kriminalprävention und integrierte Stadtentwicklung“ fest.

4.1 GEWALT GEGEN BESCHÄFTIGTE IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Nein zu Gewalt!

Der öffentliche Dienst ist mit all seinen Beschäftigten von besonderer Bedeutung für ein funktionierendes Gemeinwesen in Baden-Württemberg. Gewalttaten und Respektlosigkeiten gerade gegen diesen Personenkreis dürfen nicht hingenommen werden.

Deshalb beschäftigt sich die GeZ KKP nach Beschluss des Lenkungsgremiums der GeZ KKP seit dem Jahr 2021 gezielt mit Konzepten, die dazu beitragen sollen, Beschäftigte im öD besser vor Übergriffen zu schützen.



RESSORTÜBERGREIFENDE LANDESKONZEPTION

In diesem Zusammenhang hat das Lenkungsgremium der GeZ KKP beschlossen, eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) zur Erarbeitung einer ressortübergreifenden Landeskonzption für einen besseren Schutz von Beschäftigten im öD vor Gewalt im Arbeitsalltag einzusetzen. Sie soll konkrete Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Gewalt gegen Beschäftigte im öD für die Bereiche Prävention, Intervention und Nachsorge enthalten.

Ziel ist die Erarbeitung eines Maßnahmenbündels, das sich umfassend und nachhaltig auf den Schutz der Beschäftigten im öD vor Gewalt auswirkt.

Der vernetzte Ansatz soll insbesondere dazu dienen, ein ressortübergreifendes Verständnis zu schaffen und die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteurinnen und Akteure bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im öD zu stärken.

Im Rahmen einer Auftaktsitzung im Februar und zwei Workshops im Mai und September 2023 erarbeiteten die Mitglieder der IMA auf Fachebene gemeinsam einen Entwurf der Landeskonzption, der insgesamt sieben Handlungsfelder beinhaltet und in 2024 weiter abgestimmt wird.

ZUSAMMENSETZUNG DER INTERMINISTERIELLEN ARBEITSGRUPPE:

- MINISTERIUMS DES INNEREN, FÜR DIGITALISIERUNG UND KOMMUNEN – GEZ KKP (FEDERFÜHRUNG)
- MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT
- MINISTERIUM FÜR FINANZEN
- MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST
- MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND TOURISMUS
- MINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR MIGRATION
- MINISTERIUM FÜR VERKEHR
- MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LÄNDLICHEN RAUM UND VERBRAUCHERSCHUTZ
- MINISTERIUM FÜR LANDESENTWICKLUNG UND WOHNEN
- STAATSMINISTERIUM
- DACHVERBÄNDE DGB UND BBW – BEAMTENBUND TARIFUNION
- KOMMUNALE LANDESVERBÄNDE (STÄDTE-, GEMEINDE- UND LANDKREISTAG)
- UNFALLKASSE BADEN-WÜRTTEMBERG
- VERTRETUNG AUS DEM BEREICH DER HAUPTPERSONALRÄTE UND DER SCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG



FORSCHUNGSPROJEKT „INGE“

Um ein realistisches Abbild der Gewalt gegen Beschäftigte des öD aufzuzeigen, widmet sich das Innenministerium aktuell auch verstärkt der Dunkelfeldforschung.

In diesem Zusammenhang leitet die GeZ KKP seit dem 1. Oktober 2022 das zweijährige Forschungsprojekt „Lagebildinstrument zu Gewalterfahrungen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst (Akronym: „InGe“)“. Es wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Förderrichtlinie „Anwender Innovativ – Forschung für die zivile Sicherheit II“ gefördert.

GEFÖRDERT VOM



Ziel des Verbundprojekts ist die Entwicklung einer elektronischen Melde- und Analyseplattform für Gewaltvorfälle im öffentlichen Dienst. Mithilfe des erhobenen Datenmaterials soll ein umfassender Überblick über Aufkommen und Verlauf von Gewalt gegen Beschäftigte im öD von Baden- Württemberg ermöglicht werden. Damit wird bundesweit erstmalig die Grundlage geschaffen, Übergriffe durchgängig sichtbar zu machen.

Das auf wissenschaftlichen Ergebnissen basierende, softwaregestützte Instrument soll perspektivisch fortlaufend Daten zu Gewaltvorfällen gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst erheben. Des Weiteren ist der Aufbau einer Präventionsdatenbank vorgesehen, um das Lagebildinstrument auch als Werkzeug der kommunalen Kriminal- und Gewaltprävention nutzen zu können.

Weitere Verbundpartner sind neben der GeZ KKP als Konsortialführung das Centre for Security and Society der Universität Freiburg und die disy Informationssysteme GmbH aus Karlsruhe.



Am 13. Juni 2023 haben die Verbundpartner beim 28. Deutschen Präventionstag (DPT) in Mannheim ihre Projektziele und den aktuellen Projektstand zum ersten Mal öffentlich präsentiert. Neben der Vorstellung des Projekts und dem praktischen Nutzen eines einheitlichen Lagebildinstruments sind auch technische Aspekte der Umsetzung beleuchtet worden. Das Projektteam stand dem interessierten Fachpublikum zwei Tage für Fragen und inhaltlichen Austausch vor Ort zur Verfügung.



In der ersten empirischen Forschungsphase im Sommer 2023 führte das Projektteam neben Workshops in politischen Gremien auch Gespräche mit Amts- bzw. Abteilungsleiterinnen und -leitern und Mitarbeitenden in verschiedenen Kommunen. Darüber hinaus haben die Projektbeteiligten bundes- und landesweite Interviews mit Fachleuten aus unterschiedlichen Berufs- und Tätigkeitsfeldern aus der Praxis durchgeführt. Ziel war die Anpassung der konkreten Ausgestaltung des Lagebildinstruments an die Bedarfe der Nutzenden.

Der Prototyp des Lagebildinstruments wurde dem Projektbeirat und den assoziierten Partnerinnen und Partnern beim Meilensteintreffen Mitte November 2023 in Stuttgart vorgestellt und kritisch besprochen. Er wird von Mai bis Juli 2024 in ausgewählten Modellkommunen getestet und anschließend evaluiert.

Mehr Informationen zu den Projektinhalten, dem Projektteam, aktuellen Projektneuigkeiten und Pressearbeit finden sich auf der Projekthomepage.



InGe



Projekthomepage
www.projekt-inge.de

4.2 STÄDTEBAULICHE KRIMINALPRÄVENTION (SKP) UND INTEGRIERTE STADTENTWICKLUNG

Mit dem Themenschwerpunkt „Städtebauliche Kriminalprävention (SKP) und integrierte Stadtentwicklung“ verfolgt die GeZ KKP das übergeordnete Ziel, die Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure in der Praxis (d. h. Polizei, Kommunen, Bau- und Wohnungswirtschaft, freie Träger im Wohnquartier) zu stärken und – wo nötig – zu verbessern.



Für eine wirkungsvolle und professionelle Entwicklung und Umsetzung von städtebaulichen Präventionskonzepten ist die Kooperation von allen in diesem Bereich tätigen Behörden und Institutionen wichtig. Dadurch ist es möglich, das Spezialwissen aus den einzelnen Bereichen frühzeitig zu bündeln und zu verknüpfen.

Hierzu hat die GeZ KKP im Jahr 2023 mit dem LKA Baden-Württemberg, der Stadt Stuttgart und der HfPol Baden-Württemberg gemeinsam verschiedene Maßnahmen angestoßen, die auf insgesamt drei Säulen fußen:

- **Ausbau einer Kooperationsstruktur und aktive Beteiligung der Polizei** mit dem Ziel, kriminalpräventive Aspekte bereits bei der Planung von städtebaulichen Vorhaben zu berücksichtigen. Hierzu fanden bereits Gespräche mit den Regierungspräsidien und dem Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg statt.
- **Erarbeitung eines neuen Fortbildungskonzepts SKP**, um die Qualifizierung innerhalb der Polizei zu ermöglichen und pro Polizeipräsidium je eine zentrale Ansprechperson (eine Multiplikatorin bzw. einen Multiplikator) vorzuhalten, an die sich Kommunen wenden können. Die ersten Schulungsveranstaltungen fanden im September und Oktober 2023 statt.
- **Bereitstellung neuer Materialien für die Praxis** (Leitfaden zur Durchführung von Orts- und Stadtteilbegehungen mit unterschiedlichen Zielgruppen, bundesweiter Ratgeber zur Formulierung von Stellungnahmen in der Bauleitplanung und Handreichungen zum Thema SKP).

5. Pilotprojekt „Communities That Care“ (CTC) in Baden- Württemberg



CTC ist eine Planungsmethode, mit der Kommunen, Gemeinden und Stadtteile Rahmenbedingungen für ein gesünderes und sichereres Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen schaffen können. Die Umsetzung der Rahmenstrategie CTC in einer Kommune erfolgt in fünf aufeinander aufbauenden Phasen. Durch die Anwendung werden Kommunen befähigt, wirksame Angebote der Gewalt- und Suchtprävention und Entwicklungsförderung bedarfsgerecht auszuwählen und nachhaltig umzusetzen.

CTC stammt ursprünglich aus den USA und wurde im Rahmen eines erfolgreichen Modellversuchs durch den Landespräventionsrat Niedersachsen auf deutsche Verhältnisse übertragen. Seither wird CTC in vielen Kommunen und landesweit bereits in Niedersachsen umgesetzt.

In Baden-Württemberg gab es bereits einzelne Kommunen (z. B. der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald), die CTC eigenständig umgesetzt haben. Allerdings bestanden bisher keine Strukturen auf Landesebene, die diesen Prozess unterstützen. Genau diesen Umstand möchte die GeZ KKP in Zukunft ändern und CTC in Form eines Pilotprojektes mit dem Landkreis Lörrach als Modellkommune testen. Darüber hinaus möchte auch der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald CTC fortführen.

STÄRKEN VON CTC:

Für die Kommunen ist die Umsetzung und Anwendung von CTC mit verschiedenen Vorteilen verbunden.

- Als Präventions- und Implementierungsstrategie ermöglicht es CTC Kommunen, bedarfsgerecht, wirksam und nachhaltig Präventionsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche zu verankern.
- Die jeweiligen Präventionsmaßnahmen orientieren sich immer an den konkreten, individuell ermittelten Bedarfen vor Ort (keine Standardlösungen). Dabei werden vorhandene Ressourcen und Schutzfaktoren in der Kommune ebenso in die Betrachtung einbezogen wie die Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Maßnahmen.
- Interessenten können auf praxisbewährte und nachgewiesenermaßen wirksame Prozesse, Instrumente und Maßnahmen zurückgreifen. Zudem erhalten sie Beratung und Unterstützung durch geschulte CTC-Multiplikatorinnen und -Multiplikatoren.
- Zu den Prozessen, Arbeitsschritten und Inhalten von CTC sind Schulungsmaterialien erarbeitet worden, die sowohl für das Selbststudium als auch zur Schulung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vorliegen. Interessenten können damit auf einen großen Informations- und Materialfundus zurückgreifen.
- Durch die Einbindung aller relevanten Handelnden vor Ort in den CTC-Prozess entsteht ein Präventionsnetzwerk, in dem sich die Beteiligten kennenlernen sowie Vertrauen und Kooperationsbeziehungen aufbauen können.

UMSETZUNG VON CTC:

Die Umsetzung von CTC vor Ort erfolgt in fünf aufeinander aufbauenden Phasen:

Phase 1: Bereitschaft, Voraussetzungen und Rahmenbedingungen klären

In dieser Vorbereitungsphase kommen alle relevanten Personen und Organisationen (z. B. politische Verantwortungstragende, Schulen, Fachverwaltungen) vor Ort zusammen, um sich auf gemeinsame Grundlagen zu einigen und Handlungsschwerpunkte zu entwickeln. Die Einführung der CTC-Strategie ist ein Prozess, der auf einer aktiven Teilnahme einer möglichst breiten „Koalition“ von Schlüsselpersonen, Organisationen, Behörden und Bewohnerinnen und Bewohnern in einem Gebiet aufbaut.

Phase 2: Organisationsstrukturen einrichten

In dieser Phase werden Akteurinnen und Akteure gewonnen, die den lokalen CTC-Prozess unterstützen und begleiten. Hierfür wird eine kommunale Lenkungsgruppe eingerichtet oder ein bestehendes Lenkungsgremium dazu benannt, das aus Personen mit einem direkten Einfluss auf die Politik, die Zuweisung von Finanzen oder die öffentliche Meinung (z. B. Bürgermeister, Dezernenten, Schulleiter etc.) besteht. Daneben wird ein lokales Gebietsteam als die treibende operative Kraft hinter allen ortsbezogenen Aktivitäten von CTC eingerichtet, das aus Vertretungen verschiedener lokaler Organisationen, Behörden und Vereinen besteht. Es hat sich bewährt, diese Gruppen aus bestehenden Strukturen (z. B. kommunale Präventionsgremien, Stadtteilrunden etc.) heraus einzurichten.

Phase 3: Erstellung eines datengestützten Kommunalprofils

Um die Bedingungen zu untersuchen, unter denen Kinder und Jugendliche in der Modellkommune aufwachsen, wird eine Schülerbefragung an weiterführenden Schulen durchgeführt. Mithilfe dieser Befragung wird ermittelt, welche Risikofaktoren für eine ungünstige Sozialentwicklung in den Sozialräumen einer Kommune eine besonders bedeutsame Rolle spielen und welche Schutzfaktoren gezielt gestärkt werden müssen. Für diese Befragung wird ein bewährter Fragebogen vom CTC-Team online zur Verfügung gestellt.

Die Auswertung der Befragung erfolgt automatisiert und bildet die Grundlage für einen Kommunalbericht, der es Kommunen erlaubt, fundierte Entscheidungen über eine bedarfsgerechte Prävention treffen zu können. In der CTC-Befragung werden 22 Risiko- und 16 Schutzfaktoren untersucht. Die Risikofaktoren wurden als gemeinsame mögliche Ursache für ganz unterschiedliche Problemverhaltensweisen (z.B. Jugendgewalt, Delinquenz, Drogen- und Alkoholmissbrauch oder vorzeitigem Schulabbruch) nachgewiesen. Gleichzeitig wird analysiert, welche Schutzfaktoren in Familien, Peer-Gruppen oder Nachbarschaften bestehen bzw. gestärkt werden müssen. Diese wissenschaftlichen Befunde verleihen der Prävention im Rahmen von CTC hohe Relevanz: Gelingt es relevante Risikofaktoren zu minimieren und Schutzfaktoren zu stärken, kann man gegen unterschiedliche Problemverhaltensweisen vorgehen, noch bevor sie entstehen. Im Rahmen der CTC-Befragung entsteht ein Überblick, welche Risiko- und Schutzfaktoren besonders stark und welche eher schwächer in einer Kommune ausgeprägt sind. Auf dieser Grundlage lässt sich eine Präventionsstrategie steuern, die zielgerichtet und wirksam ist, noch bevor Problemverhalten auftritt.

Daneben wird auch abgefragt, wie verbreitet Problemverhaltensweisen unter Jugendlichen aktuell sind. Dies gibt einerseits Aufschluss darüber, wie sich Kinder und Jugendliche in einer Kommune bislang entwickeln konnten und ob möglicherweise ein akuter Interventionsbedarf besteht. Die beteiligten Akteure treffen eine Auswahl der zwei bis fünf wichtigsten Faktoren für die weitere Arbeit und analysieren das bestehende Präventionsangebot auf Lücken und Überschneidungen in Bezug auf die ausgewählten Faktoren.

Phase 4: Aktionsplan erstellen

Auf dieser Basis wird dann ein gemeinsamer Aktionsplan erstellt, der sowohl messbare als auch überprüfbare Zielvorstellungen für bestehende und neue Programme beinhaltet. Bei Bedarf kann auf eine Liste mit evaluierten Präventionsangeboten zugegriffen werden, die vom Landespräventionsrat Niedersachsen entwickelt wurde (www.gruene-liste-praevention.de).

Somit kann auf die priorisierten Schutz- und Risikofaktoren eingewirkt werden, um Problemverhalten zu verringern. Unterschiedliche Beteiligungsformen können hierbei die Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen noch weiter erhöhen.

Phase 5: Aktionsplan umsetzen

In der letzten Phase wird der CTC-Prozess etabliert und langfristig abgesichert. Hierzu werden beispielsweise Organisationsstrukturen geschaffen und die Nachbesserungen gemeinsam mit dem CTC-Netzwerk erörtert. Die ausgewählten Programme und Maßnahmen sollen hier nachhaltig in den beteiligten Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Familienbildung, Jugendarbeit etc. verankert werden. Fortschritte und der mögliche Bedarf an Nachsteuerung sind messbar, wenn eine Wiederholung der Schülerbefragung alle 2-3 Jahre erfolgt.



Weiterführende Infos zur Präventionsstrategie CTC finden Sie hier:



WAS IST IM JAHR 2023 IM RAHMEN DES CTC-PILOTPROJEKTS PASSIERT?

Ende März 2023 konnte mit der zweieinhalbtägigen CTC-Kompaktschulung in Stuttgart der Startschuss für das auf zwei Jahre angelegte CTC-Pilotprojekt mit dem Landkreis Lörrach gesetzt werden. Hier wurden sowohl Vertretungen von Kommunen als auch von landesweit agierenden Behörden bzw. Institutionen von der CTC-Bundestransferstelle geschult, um umfassend für die Umsetzung von CTC befähigt zu sein.

Ende Mai 2023 hat die GeZ KKP bei einem durch die CTC-Bundestransferstelle organisierten bundesweiten CTC-Netzwerktreffen in Berlin teilgenommen, bei dem u. a. auch kommunale Vertretungen sowie Landesmultiplikatorinnen und -multiplikatoren anderer Bundesländer anwesend waren, die CTC bereits in der Praxis anwenden. Hier konnten wichtige Impulse und neues Wissen für die weitere Umsetzung des Pilotprojekts der GeZ KKP in Baden-Württemberg erlangt werden.

Im Juli 2023 fand im Landkreis Lörrach die erste Standortschulung der CTC-Bundestransferstelle statt, an der auch eine Vertreterin der Geschäftsstelle der GeZ KKP teilgenommen hat. Der Landkreis Lörrach als Modellkommune wird alle fünf Phasen des CTC-Prozesses durchlaufen und gleichzeitig durch regelmäßige Standort-Schulungen der CTC-Bundestransferstelle unterstützt.



Außerdem fand im Juli 2023 ein Austausch mit den anderen CTC-Landesmultiplikatorinnen und -multiplikatoren aus Baden-Württemberg in Stuttgart statt. Hier hat die GeZ KKP über die aktuellen Entwicklungen und das weitere geplante Vorgehen informiert.

WELCHE SCHRITTE WURDEN IN LÖRRACH BEREITS UMGESETZT?

Seit dem Start des CTC-Pilotprojekts mit dem Landkreis Lörrach am 1. April 2023 haben diese in der ersten Phase des CTC-Prozesses Gespräche mit möglichen Kooperationspartnern der Stadt Lörrach, der Stadt Weil, der Gemeinde Steinen sowie des Gemeindeverbands (GVV) Schönau bzw. Region oberes Wiesental geführt. Die Stadt Lörrach, die Gemeinde Steinen und der GVV Schönau haben ihre Beteiligung am CTC-Prozess verbindlich zugesagt. CTC wird in den Kommunen als Instrument im Rahmen der Jugendhilfeplanung eingesetzt. Weitere bereits involvierte Kooperationspartner sind das staatliche Schulamt Lörrach, das Referat Prävention des Polizeipräsidiums Freiburg, und die Liga der freien Wohlfahrtspflege (Lenkungsausschuss Sozialstrategie).

6. Ausblick



FÜR DAS JAHR 2024 VERFOLGT DIE GEZ KKP ERNEUT ZWEI SCHWERPUNKTTHEMEN.

6.1 FORTFÜHRUNG DES SCHWERPUNKTTHEMAS „GEWALT GEGEN BESCHÄFTIGTE IM ÖFFENTLICHEN DIENST“

Viele der im Jahr 2023 begonnenen Maßnahmen und Projekte im Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ werden die GeZ KKP auch in 2024 weiter beschäftigen. Das Lenkungsgremium der GeZ KKP hat vor diesem Hintergrund entschieden, diesen Themenschwerpunkt fortzuschreiben.

So wird unter anderem das Forschungsprojekt „InGe“ (vgl. Ziffer 4.1) die GeZ KKP auch im nächsten Jahr mit verschiedenen Planungs- und Koordinierungsaufgaben begleiten. Insbesondere die für Frühjahr angesetzte Testphase des Lagebildinstruments mit anschließender Evaluation, landes- und bundesweite Vorträge und Projektvorstellungen zum Ergebnistransfer sowie die Bearbeitung langfristiger Datenschutzaspekte zählen zu den wesentlichen Zielsetzungen im Jahr 2024.

Auch im Zusammenhang mit der Erarbeitung der ressortübergreifenden Landeskonzeption (vgl. Ziffer 4.1) stehen für 2024 weitere arbeitsintensive Aufgaben an. Sobald ein finalisiertes und mit den eingebundenen Ressorts und Organisationen abgestimmtes Konzept vorliegt, soll dieses dem Lenkungsgremium der GeZ KKP zur Abstimmung vorgelegt werden.

Darüber hinaus wird die GeZ KKP die noch offenen Maßnahmen im Themenbereich SKP (vgl. Ziffer 4.2) abschließen.

6.2 UMSETZUNG DER PRÄVENTIONSSTRATEGIE „COMMUNITIES THAT CARE“ IN FORM EINES PILOTPROJEKTS

Als neues Schwerpunktthema für das Jahr 2024 wird die GeZ KKP die Präventionsstrategie „Communities That Care“ (CTC) in Form eines Pilotprojektes umsetzen, um den Landkreis Lörrach als Modellkommune noch intensiver und bedarfsgerechter im CTC-Prozess begleiten zu können (vgl. Ziffer 5).

WIE SOLL ES MIT CTC IM JAHR 2024 WEITERGEHEN?

Der Landkreis Lörrach plant im Jahr 2024 die CTC-Kinder- und Jugendbefragung (Phase zwei) durchzuführen. Die hierfür notwendige Genehmigung des Regierungspräsidiums Freiburg liegt bereits vor. Anschließend kann der Lkr. Lörrach in die dritte Phase des CTC-Prozesses einsteigen.

Unterstützt wird der CTC-Pilot durch ein CTC-Netzwerk auf Landesebene, das sich neben der GeZ KKP aus weiteren Landesmultiplikatoren zusammensetzt (LKA BW, Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, Institut für Bildungsanalysen, Landesfamilienrat BW, Kommunalverband für Jugend und Soziales). Im Frühjahr 2024 plant die GeZ KKP ein Treffen mit dem CTC-Landesnetzwerk im Innenministerium, bei dem über die aktuellen Entwicklungen informiert und das weitere Vorgehen besprochen werden soll.

Wenn der CTC-Pilot im Landkreis Lörrach erfolgreich ist, könnte CTC auch auf weitere Kommunen in Baden-Württemberg ausgeweitet werden. Bis der GeZ KKP allerdings erste Erfahrungen aus Lörrach vorliegen, wird es noch eine Weile dauern. Nach dem Ende des CTC-Pilotprojektes ist anhand der Evaluation der Modellkommune und aller Projektbeteiligten über eine Überführung des CTC-Piloten in den Echtbetrieb und eine landesweite Bewerbung von CTC in Baden-Württemberg zu entscheiden.



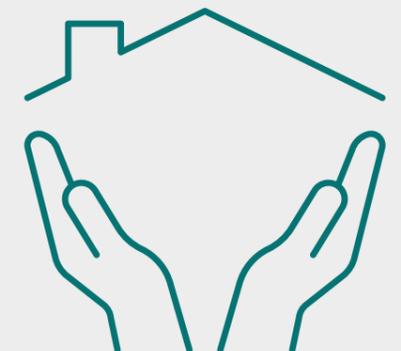
AUCH IM JAHR 2024 UNTERSTÜTZT DIE GEZ KKP SIE GERNE WEITER BEI PROJEKTEN IM RAHMEN DER KKP UND FREUT SICH AUF DIE ZUKÜNFTIGE ZUSAMMENARBEIT.

ERREICHBARKEIT DER GEZ KKP

Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg
Landespolizeipräsidium
Gemeinsame Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention Baden-Württemberg
Willy-Brandt-Straße 41
Postfach 10 34 65
70029 Stuttgart
Internet: www.kkp-bw.de

ALLGEMEINE AUSKÜNFTE

E-Mail: gez-kkp@im.bwl.de
T: 0711 231-5550





Baden-Württemberg

MINISTERIUM DES INNEREN, FÜR DIGITALISIERUNG UND KOMMUNEN